

# Slowenien

Sabine Willenberg

„Twenty years ago, a new era began in the history of the Slovenes, a period when we grew from a people into a nation...“<sup>1</sup> Im Juni 2011 jährte sich die Unabhängigkeitserklärung Sloweniens zum zwanzigsten Mal. Gewohnt selbstbewusst verwiesen die slowenischen Vertreter auf die Errungenschaften des jungen Landes, das seinen Platz in der europäischen und internationalen Gemeinschaft schnell gefunden und nun behauptet hat: „In the last 20 years doubts about the abilities of our young country and its diplomacy have disappeared.“<sup>2</sup> Meilenstein dessen war 2004 der EU-Beitritt als erster der jugoslawischen Nachfolgestaaten. 2008 führte es erfolgreich als erstes der neu beigetretenen postkommunistischen Länder die EU-Ratspräsidentschaft.

Auf den Punkt brachte die Situation aber der sozialdemokratische Premier Borut Pahor (SD): „Vor zwanzig Jahren waren Träume erlaubt, heute sind Träume notwendig.“<sup>3</sup> Denn 2011 kämpft der einstige EU-Musterschüler Slowenien massiv mit den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, hängt in der eigenen Schuldenkrise und findet angesichts der latenten und nun markanten Regierungskrise kaum einen schnellen Ausweg. Nachdem es sich 2009 nur mühsam aus der Rolle des schwarzen Schafes der EU rehabilitiert hatte, in die es sich durch die Blockade der EU-Erweiterungspolitik in den Beitrittsverhandlungen mit Kroatien wegen des bilateralen Grenzstreits manövriert hatte, firmiert es angesichts der Wirtschafts- und Regierungskrise<sup>4</sup> immer klarer als neues EU-Sorgenkind.

Den nationalen Schulterchluss scheinbar über Parteigrenzen hinweg versuchte Pahor zwar noch anlässlich der 20-Jahr-Feier, indem er auch seinen schärfsten Kontrahenten Janez Janša und dessen Verdienste für die Unabhängigwerdung des Landes benannte und würdigte. Gleichwohl täuschte dies nur schwach über die Spaltung hinweg, die tiefer denn je reicht – und direkt auch in der Europapolitik des Alpen-Adria-Staates kulminiert.

## Slowenien in der Krise – neues EU-Sorgenkind?

Erstmals seit 1993 hatte Slowenien 2008/2009, unter dem Eindruck der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und der gescheiterten neoliberalen Wirtschaftspolitik des konservativen Janša (Slowenische Demokratische Partei, SDS), ein negatives Wirtschaftswachstum verzeichnet, das Janša bei den Wahlen den Regierungsposten kostete. Die krisenhafte Wirtschaft erfolgreich zu sanieren, war Herausforderer und Amtsnachfolger Pahor mit

- 
- 1 Pavel Gantar, Präsident der Nationalversammlung Sloweniens anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jubiläum der Unabhängigkeitserklärung. [www.twenty.si](http://www.twenty.si).
  - 2 Marko Poganik, Jože Poljar, Roman Weixler: Twenty years of Slovenian foreign policy. [www.twenty.si/first-20-years/overview/slovenia-in-the-world/](http://www.twenty.si/first-20-years/overview/slovenia-in-the-world/).
  - 3 Borut Pahor: Twenty years ago, dreams were allowed; today, dreams are necessary. 27.06.2011. [www.kpv.gov.si/nc/en/press\\_centre/news/article/252/5493/](http://www.kpv.gov.si/nc/en/press_centre/news/article/252/5493/).
  - 4 Vgl. auch Beiträge zur Europapolitik Sloweniens 2008, 2009 und 2010 der Autorin in den entsprechenden Jahrgängen des Jahrbuchs der europäischen Integration hrsg. von Werner Weidenfels/Wolfgang Wessels, Baden-Baden 2009-2011.

einer Koalition aus Sozialdemokraten (SD), der linksliberalen „Zares“, der liberaldemokratischen LDS sowie der Demokratischen Pensionistenpartei (DeSUS) angetreten.<sup>5</sup>

In den folgenden drei Jahren explodierte der Schuldenstand jedoch weiter: Waren es 2008 noch 21,9% des Bruttoinlandsproduktes (BIP), zeichnete er 2010 schon 38,0%; für 2011 wird er auf 43,3% geschätzt.<sup>6</sup> Die öffentlichen Finanzen sind aus den Fugen geraten, das Sozialsystem nicht mehr bezahlbar. Nicht die reinen Zahlen, die genannte relative Staatsverschuldung bzw. ein Haushaltsdefizit 2010 von 5,6% des BIP (2007: 0%), erscheinen dabei – wenngleich über dem EU-Limit (Maastricht-Kriterium: 3,0%) – dramatisch, jedoch die Dynamik des Anstiegs,<sup>7</sup> dazu die Tatsache, dass rund 70% der slowenischen Firmen, darunter noch einige mit Staatsanteilen, verschuldet sind. Dies verleitete Pahor ebenso wie Vertreter der EU dazu, das Griechenland-Szenario auch für Slowenien zu malen. Zwar prognostiziert die EU-Kommission für 2011 wieder ein Wirtschaftswachstum von 2%. Jedoch erwartet sie auch, dass der Trend der Schuldenmaximierung anhält, die öffentlichen Finanzen keine langfristige Tragfähigkeit aufweisen können. Die EU setzt Slowenien deshalb auf radikalen Sparkurs:<sup>8</sup> Einziger Weg, das griechische Schicksal in letzter Minute abzuwenden und sich doch noch für die „Championship league“ qualifizieren zu können – die Staats(neu)verschuldung auf das EU-Limit zu drosseln, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die Kreditwürdigkeit des Euro-Landes zu verbessern – sei es, schnellstmöglich die drängende Pensionsreform auf den Weg zu bringen.<sup>9</sup>

### **Stolperstein Pensionsreform**

Die Pensionsreform wurde im Dezember 2010 vom Parlament verabschiedet: Ihr Kernstück ist die Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre (von derzeit 61 Jahren für Frauen und 63 Jahren für Männer), mit der das Budget um Milliardenbeiträge entlastet werden sollte. Die Gewerkschaften hatten mit 50.000 Unterschriften jedoch ein Referendum erzwungen, in dem die slowenischen Bürger am 5. Juni 2011 über die Pensionsreform abstimmten.<sup>10</sup> Unterstützung für sein Reformpaket bekam Pahor direkt vor dem Referendum aus Brüssel: Um in Slowenien die Werbetrommel zu rühren, war eigens EU-Ratspräsident Van Rompuy in Slowenien angereist. Euro-Gruppen-Chef Juncker bezeichnete die Reform in einem offenen Brief als „unausweichlich“. Dennoch scheiterte Pahors Vorschlag an einer Mehrheit von über 72%.<sup>11</sup>

---

5 Vgl. auch Sabine Willenberg: Slowenien. In: Werner Weidenfels/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2009, Baden-Baden 2010, S. 417.

6 Vgl. Slowenen lehnen Pensionsreform ab. In: Wiener Zeitung, 06.06.2011. [www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/45017\\_Slowenen-lehnen-Pensionsreform-ab.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/45017_Slowenen-lehnen-Pensionsreform-ab.html) sowie Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: Slovenia – Main Economic Indicators. [www.wiiw.ac.at/?action=publ&id=countries&value=13](http://www.wiiw.ac.at/?action=publ&id=countries&value=13).

7 Vgl. Hermine Vidovic: Slovenia – Political reduces ability to act. In: Recovery: Limp and Battered. WIIW Current Analyses and Forecasts No. 8, July 2011, S. 83-86.

8 Vgl. EU-European Commission: European Economic Forecast for EU Member States – spring 2011 – Slovenia. Brussels, 13.05.2011. [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/eu/forecasts/2011\\_spring/si\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2011_spring/si_en.pdf).

9 Pahor nach dem EU-Ratstreffen im Februar 2011: Vgl. Prime Minister Pahor attends joint session of National Assembly on EU Affairs and on Foreign Policy. 18.03.2011. [www.kpv.gov.si/nc/en/press\\_centre/news/article/252/5287/](http://www.kpv.gov.si/nc/en/press_centre/news/article/252/5287/). Ebenso: Marko Kranjec, Chef der slowenischen Notenbank, in: Europas Schuldenkrise: Jetzt auch noch Slowenien? (2011). In: EurActiv.de, 27.05.2011. [www.euractiv.de/](http://www.euractiv.de/)

10 Vgl. Slovenci na referendumu odluuju o usvajanju tri zakona. In: Deutsche Welle – Kroatische Redaktion, 05.06.2011, [www.dw-world.de/](http://www.dw-world.de/).

11 Vgl. Slowenen lehnen Pensionsreform ab, 06.06.2011.

Das nationale Reform- und Stabilitätsprogramm beurteilte die Europäische Kommission in ihrer Stellungnahme Ende Juni vor dem Hintergrund der gescheiterten Pensionsreform umso kritischer: „Nach 2011 sind die Ziele für Defizit und Schuldenstand gefährdet, da im Stabilitätsprogramm keine auf Dauer tragfähigen Maßnahmen zur Ausgabeneindämmung enthalten sind. Das nationale Reformprogramm sieht Maßnahmen zur Sanierung des Finanzsektors vor, diese sind jedoch möglicherweise nicht ehrgeizig genug.“<sup>12</sup> Es blieb: Vor allem das Rentensystem müsse neugeregelt werden. Dass Slowenien dem EU-Plus-Pakt beigetreten ist und im Reformprogramm potenzielle Verpflichtungen und Ziele in den vier Bereichen (Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung, Beitrag zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Stärkung der Finanzstabilität) übernommen hat, begrüßte die Kommission zwar. Gleichwohl vermisste sie auch hier konkrete und vor allem glaubhaft durchsetzbare Maßnahmen – diese umso mehr, als die Manövrierfähigkeit der Regierung offensichtlicher denn je war.<sup>13</sup>

### Wie aus der Finanz- und Regierungskrise – Neuwahlen als Lösung?

Bereits im Mai 2011 hatte die Regierung Pahor ihre Parlamentsmehrheit verloren, als der Koalitionspartner DeSuS in seiner Ablehnung der Pensionsreform die Koalition verließ. Die nunmehrige Minderheitsregierung schrumpfte weiter, als Ende Juni auch der zweitgrößte Koalitionspartner Zares das Regierungsbündnis aufkündigte. Bei der SD Pahors verblieb somit nur noch die kleine LDS, die allerdings auch zusehends schwächelte: Innenministerin und Zugpferd Katarina Kresal stolperte im August 2011 über einen Korruptionsverdacht und trat zurück.<sup>14</sup> Bereits zu diesem Zeitpunkt konnte die Regierung sich nur noch 33 von 90 Abgeordnetenstimmen im Parlament sicher fühlen.

Neben den geschiedenen Koalitionspartnern forderte die Opposition um die SDS Janšas gewohnt lautstark Neuwahlen, unterstützt nunmehr auch von Staatspräsident Danilo Türk. Werden Neuwahlen zwar von der Verfassung nicht vorgesehen, erscheinen sie in der aktuellen Situation machbar – und als einziger Ausweg, wenn Pahor als Premier zurücktritt und sich die Parlamentsparteien dann gemeinsam auf den neuen Urnengang verständigen. In jedem Fall aber könne laut Pahor angesichts der EU-Vorgaben nur ein massives Sparpaket die Lösung sein: Nach dem gescheiterten Referendum kündigte Pahor an, das Reformpaket als „Interventionsgesetz“ dann ggf. verknüpft mit der Vertrauensfrage ins Parlament einzubringen. Immerhin habe die Reformpolitik der Regierung „erste positive Ergebnisse gezeigt“, jedoch nur dort, „wo sie nicht durch Volksabstimmungen torpediert“ worden sei.<sup>15</sup> Die Volksabstimmungen nämlich sind mittlerweile zu einem politischen Instrument geworden, das die Opposition geschickt gegen die Regierung einzusetzen weiß und deren Politik unterminiert. Zwischen Dezember 2010 und Juni 2011 scheiterten allein fünf Regierungsvorlagen für verschiedene Reformen im Referendum.<sup>16</sup>

12 Rat der Europäischen Union: Empfehlung des Rates für Reformprogramm Sloweniens 2011 und zur Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Sloweniens für 2011-2014. Brüssel, 20.06.2011. 11394/11 ECOFIN 373, S. 3. <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st11/st11394.de11.pdf>.

13 Vgl. Rat der Europäischen Union: Empfehlung des Rates, Brüssel, 20.06.2011, S. 3.

14 Vgl. Norbert Mappes-Niediek: Rücktritt von Ministerin vertieft Krise. In: Der Standard, 11.08.2011, <http://derstandard.at/1313024127829/Ruecktritt-von-Ministerin-vertieft-Krise>.

15 Vgl. Slowenen lehnen Pensionsreform ab. 06.06.2011.

16 Vgl. Slowenen lehnen Pensionsreform ab. 06.06.2011.

## Die Westbalkanpolitik Sloweniens als Profil seiner Europapolitik

Ein Jahr zuvor beobachtete Pahor-Regierung und Rest-EU ähnlich mit angehaltenem Atem das Referendum über das Grenzabkommen mit Kroatien: Wenn auch denkbar knapp, so gelang hier wenigstens die Umsetzung der Regierungspolitik – und deblockierte die kroatischen EU-Beitrittsverhandlungen, entspannte gleichsam das sensible Nachbarschaftsverhältnis zu Kroatien, mit dem es seither Verbundenheit demonstriert.<sup>17</sup> Gelegenheit dazu bot 2011 nicht zuletzt das Jubiläum der Unabhängigkeit, die Slowenien 1991 gleichzeitig mit Kroatien von Jugoslawien vollzogen hatte.

Vor allem aber eröffnete die Wiederversöhnung mit Kroatien nach dem erfolgreichen Referendum Slowenien erneut den Weg, die kooperative Westbalkanpolitik als integralen Bestandteil und Profilierungsmöglichkeit in der Europapolitik weiter auszubauen. Angesichts der inneren Krise und dem gerüttelten Verhältnis nach Brüssel scheint die regionale Profilierung umso wichtiger. Den Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien verbuchte Slowenien da beinahe als persönlichen Erfolg – ungeachtet der früher produzierten Verzögerung.

Auf der bilateralen Annäherung aufbauend setzte Pahor wie schon im Vorjahr auch 2010/2011 auf eine slowenische Führungsrolle in multilateraler Kooperation der Westbalkanstaaten und deren Heranführung an die europäische Integration: Im März 2010 hatte Slowenien dafür den Brdo-Prozess initiiert, den es im folgenden Jahr weiter verfolgte: Beispielsweise organisierte das Außenministerium im April 2011 das erste Arbeitstreffen der Koordinatoren des Brdo-Prozesses, die die regionale Initiative fortan institutionalisieren sollen.<sup>18</sup> Der Brdo-Prozess sei die wichtigste regionale Initiative, die zwischenstaatlichen Probleme im westlichen Balkan anzugehen und die Staaten am schnellsten und effektivsten an und in die EU zu führen. Dessen ist sich Initiator Premier Pahor sicher<sup>19</sup> – auch ungeachtet der eher geringen Rolle, die der Prozess in den betreffenden Ländern des westlichen Balkans wie auch der Rest-EU bislang spielt.

Außerdem bleibt die Vorsicht angesichts der Regierungskrise: Hat Slowenien unter Pahor 2010/2011 den Kooperationskurs mit Kroatien gehalten, könnte nach einem Regierungswechsel, der nach Neuwahlen realistisch ist, durchaus eine Kursänderung anstehen: Dann könnte auch die Einigung im Grenzkonflikt bzw. die Akzeptanz einer Entscheidung der Schiedskommission, die im bilateralen Abkommen vereinbart wurde, und in letzter Konsequenz doch noch ein kroatischer EU-Beitritt – sowie damit die Glaubwürdigkeit auch des Brdo-Prozesses – in Frage stehen.<sup>20</sup>

## Weiterführende Literatur

Hermine Vidovic: Slovenia – Political reduces ability to act. In: Recovery: Limp and Battered. WIIW Current Analyses and Forecasts No. 8, July 2011, S. 83-86.

---

17 Vgl. Prime Minister Pahor on second day of Croatia Summit: 'The Arbitration Agreement is an example of how to settle international disputes'. 09.07.2011. [www.kpv.gov.si/nc/en/splosno/cns/news/article/225/5505/](http://www.kpv.gov.si/nc/en/splosno/cns/news/article/225/5505/).

18 Vgl. First meeting of Brdo Process coordinators. 19.04.2011. [www.mzz.gov.si/nc/en/tools/cns/news/article/3247/28675/](http://www.mzz.gov.si/nc/en/tools/cns/news/article/3247/28675/)

19 Vgl. Republic of Slovenia – Prime Minister of the Republic of Slovenia: Prime Minister Pahor at the 6th Croatia Summit in Dubrovnik: 'The Brdo Process is the most important regional initiative for a political dialogue'. [www.kpv.gov.si/en/press\\_centre/news/article/225/5502/c688b28cae/](http://www.kpv.gov.si/en/press_centre/news/article/225/5502/c688b28cae/).

20 Vgl. auch Alen Legovic/Belma Fazlagic-Sestic: Kroatien will zügigen EU-Beitrittsprozess in 2011. 19.01.2011. [www.dw-world.de](http://www.dw-world.de).